

---

## **Hans Katzer: Nicht übereinander, sondern miteinander reden**

---

Hans Katzer, geb. 1919 in Köln, war Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU und Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

In der Schrecksekunde des Jahres 1945 als unsere Väter aus den Konzentrationslagern und wir, die damals Jungen, aus den Kriegsgefangenenlagern in die zerbombte Heimat zurückkehrten, wurden wesentliche, seit Jahrzehnten von mutigen zukunftsorientierten Männern und Frauen verfolgte Ziele der Verwirklichung ein entscheidendes Stück näher gebracht.

Nach dem Zusammenbruch des menschenverachtenden, grausamen und brutalen Nazi-Systems gab es zwei über den Tag hinaus bedeutende Ereignisse: Einmal die Überwindung der konfessionellen Gräben im politischen Bereich; ein Vorgang, dessen Tragweite erst spätere Generationen voll werden würdigen können. Zum anderen - nicht weniger bedeutsam - die

Überwindung sich bekämpfender Richtungsgewerkschaften zugunsten von Einheitsgewerkschaften.

In der Diskussion um Einheitsgewerkschaften und Parteien wird von seiten der SPD immer gern von den „gemeinsamen Wurzeln“ gesprochen. Was die Einheitsgewerkschaft anlangt, so ist diese Feststellung allenfalls die halbe Wahrheit. Wahr ist: Ohne den kämpferischen Beitrag der christlich-sozialen Kräfte gäbe es heute keine Einheitsgewerkschaften.

Schon auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Jahr 1920 wurde von Adam Stegerwald die Überwindung von Richtungsgewerkschaften zugunsten einer Einheitsgewerkschaft angesprochen. Der Weg dorthin war lang, mühevoll und im wahrsten Sinn des Wortes aufopfernd.

Wenn wir jedes Jahr am 20. Juli vorwiegend dem militärischen Widerstand der im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hingerichteten Offiziere ein ehrendes Gedenken widmen, so ist dies richtig und erforderlich - gerade auch im Blick auf die junge, nachwachsende Generation. Aber ich meine, es sollte nicht minder unsere Pflicht sein, des zivilen Widerstandes zu gedenken.

Sozialdemokratische Gewerkschafter wie Wilhelm Leuschner und Julius Leber gehören ebenso genannt wie die Christlich-Sozialen Nikolaus Gross, Bernhard Letterhaus. Sie wurden nach dem 20. Juli 1944 in Plötzensee gehenkt. Sie alle ließen ihr Leben für Freiheit, Recht und eine gerechte gesellschaftliche Ordnung.

Wir können uns nur in Ehrfurcht und Dankbarkeit vor diesen Männern verbeugen. Sie waren Vordenker auch der Idee der Einheitsgewerkschaft. Ich meine, es wäre mehr als dankende Pflicht, wenn auf jedem DGB-Kongreß und auf den Kongressen der Einzelgewerkschaften den ermordeten und gehenkten Gewerkschaftern zu Beginn ein ehrendes Gedenken gewidmet würde. Dies wäre wohl auch ein starker Beitrag, um der Verwirklichung der Idee der Einheitsgewerkschaft näherzukommen.

Im Oktober 1986 über Einheitsgewerkschaften zu schreiben, muß jeden, der die Einheitsgewerkschaft als bedeutendes Ereignis wertet und schätzt, tief schmerzen. Trauer und Beklommenheit befallen einen. Einheitsgewerkschaft, Gemeinwirtschaft, Mitbestimmung haben negative Schlagzeilen wie lange nicht mehr. Dennoch: Ich bin sicher, die Idee der Einheitsgewerkschaft wird sich wieder durchsetzen. Ebenso die Idee der Partnerschaft und Mitbestimmung.

Alle, die vordergründig denken und meinen, es sei die Zeit, alte „Rechnungen“ zu begleichen, alle, die meinen, die Leistung der Einheitsgewerkschaft am Wiederaufbau nach 1945 könne man vergessen, werden sich täuschen. Sie werden sich *dann* täuschen, wenn die Gewerkschaften über ihren Schatten springen: nicht andere verantwortlich machen, sondern die eigene Mitverantwortung tragen. Kumpanei ist nicht gefragt, sondern *schonungslose Offenheit*. Darauf haben insbesondere Mitglieder und Betriebsräte ein beson-

deres Recht. Gelingt dies, so ist Zeit für einen neuen Anfang. Da lohnt ein Blick zurück.

Wichtige Anstöße für den Weg von Richtungsgewerkschaften zur Einheitsgewerkschaft bezog die christlich-soziale Seite zunächst aus der zu Beginn des Jahrhunderts herausgegebenen päpstlichen Enzyklika „Singularis Quadam“. In dieser Enzyklika wurde bestimmt, daß katholische Arbeiter nur dann Mitglied einer christlichen Gewerkschaft sein dürfen, wenn sie gleichzeitig einer katholischen Standesorganisation, etwa dem Kolping-Werk oder dem Katholischen Arbeiterbund (KAB), angehören. Eine weitere Station auf diesem Weg war der Essener Kongreß der Christlichen Gewerkschaften von 1920. Als Zukunftsziele wurden bereits hier die Gründung einer christlich-sozialen Volkspartei und die Gründung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation angesprochen. Schon vor 1933 trafen sich im heutigen Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter Wilhelm Leuschner vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom Deutschen Handlungsgehilfen Verein (DHV), um über einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu beraten.

Die Nazis machten jedoch alles zunichte. Dennoch blieb die Idee in Kellern und Konzentrationslagern lebendig. Ohne diese Vorarbeit wäre 1945 die Einigung nicht so schnell zustande gekommen.

Oft habe ich Jakob Kaiser gefragt: Warum waren denn ADGB und DGB (so hieß der Dachverband der Christlichen Gewerkschaften vor 1933, d. Red.) vor 1933 getrennt? Die klare Antwort lautete: Die sozialistischen Gewerkschaften glaubten, ihre Ziele zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten am besten durch *Klassenkampf* zu erreichen. Die Christlich-Sozialen waren dagegen der Meinung, in einer *Partnerschaft* zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden sei die Lösung der Probleme besser möglich. Rückblickend kann ich nur sagen: Ohne die verantwortliche Mitarbeit der Gewerkschaften wäre der Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft nach 1945 so nicht gelungen. Dabei hat sich die gerade von den Christlich-Sozialen immer wieder verfochtene Idee der Partnerschaft in der Praxis durchgesetzt. Und die Gewerkschaften brauchen ihre Erfolge mit der Politik der Tarifpartnerschaft nicht zu verstecken.

Wohin wir in Europa auch blicken - ob Großbritannien, Italien, Frankreich -, man wäre doch überall heilfroh, wenn es eine vergleichbare Zusammenarbeit gäbe. Schließlich ist es doch Tatsache, daß wir das Land mit den wenigsten Streiks in ganz Europa sind.

Eines der ersten Gesetze, das die Zusammenarbeit der Tarifpartner zur Grundlage machte, war das Tarifvertragsgesetz von 1950. Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes hat der Deutsche Bundestag einen wesentlichen Teil sozialwirtschaftlicher Verantwortung in die Hände der Tarifvertragsparteien gelegt. Man muß nicht mit allem einverstanden sein, wie die Tarifparteien ihre Verantwortung wahrnehmen und wahrgenommen haben. Alles in allem kann

jedoch niemand ernsthaft bestreiten, daß die Tarifvertragsparteien ihrer Verantwortung gerecht geworden sind.

Deshalb sind Vorschläge, wie sie von der FDP im Frühjahr letzten Jahres gemacht wurden, nicht nur überflüssig, sondern schädlich. Wer unter dem Stichwort „Abbau von Arbeitslosigkeit“ Tarifverträge nach unten durchlässig machen will, der höhlt in Wahrheit die Tarifautonomie aus, denn Tarifverträge regem bekanntlich Mindestbedingungen. Im übrigen muß der FDP-Wirtschaftsminister wissen, daß damit die dringend notwendige Gesprächsrunde mit der Bundesregierung nicht erleichtert, sondern erschwert wird.

Andererseits wäre der DGB gut beraten, sich nicht auf Kritik an der jeweiligen Bundesregierung zu beschränken. Die Erfolge in der Tarifpolitik, auf die das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB ja jüngst hingewiesen hat, sind doch besonders gravierend durch die Inflationsbekämpfung. Preisstabilität ist gerade für den „kleinen Mann“ von größter Bedeutung. Es fiele den Gewerkschaften kein Stein aus der Krone, wenn sie diesen Erfolg deutlich anerkennen würden. Die Glaubwürdigkeit würde sicher steigen.

Im übrigen: Das Spannungsfeld DGB - Union war ja wesentlich geringer als die Union in der Opposition war. Aus dieser Zeit gibt es noch sehr freundliche Briefe des CDU-Partei- und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden und des Generalsekretärs der CDU.

Das Spannungsfeld DGB - SPD wuchs, je länger die SPD in der Regierungsverantwortung stand und beide Seiten waren zum Schluß völlig zerstritten. Dies war 1983 eine große Chance für die Union. Ich glaube — wenn ich mir einen Rat erlauben darf -, das Verhältnis DGB/Union/Sozialausschüsse wäre entkrampfter, wenn die Toleranz, die die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies so oft auf dem Hamburger DGB-Kongreß wie auch beim letzten Gespräch gefordert hat, von allen Seiten beachtet würde.

Aus jahrzehntelanger Erfahrung kann ich nur sagen: Nicht übereinander reden, sondern miteinander, auch in Wahlzeiten. Daher wären Union und Sozialausschüsse gut beraten, wenn sie die Gespräche mit dem DGB nicht als Koalition führten; das ist Sache der Regierung, die natürlich Kompromisse eingehen muß. Aber wenn Herr Rau mit Blick auf Nordrhein-Westfalen um eine absolute Mehrheit kämpft, dann ist das zwar Illusion, aber die Union mit 47,6 Prozent der Stimmen sollte als Partei um die Mehrheit kämpfen und dann Koalitionsfragen erörtern. Die Diskussion um Ämterverteilung fasziniert den schlichten Wähler herzlich wenig.

Die Idee der Sozialpartnerschaft, daraus resultierend Mitbestimmung, Vermögensbildung, soziale Sicherung - das sind, neben dem wichtigsten Problem, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Themen, die insbesondere hier an Rhein und Ruhr verstanden werden. Für eine sinnvolle Zusammenarbeit sollte aus meiner Erfahrung folgendes Beachtung finden:

- Der Blick zurück sollte nicht zu lang sein.

- Bei so großen Strömungen sowohl in den Einheitsgewerkschaften als in einer Volkspartei kommt es fast zwangsweise immer wieder zu Störungen. Damit können und müssen wir leben.
- Wichtig ist das Gespräch, gerade auch in Wahlzeiten. Warum übrigens spricht der DGB-Vorsitzende - in dieser Eigenschaft - nur bei SPD-Parteitagen? Eine Einladimg zum Bundesparteitag der CDU kann sicher nicht schaden.
- Die Bereitschaft christlich-sozialer Kollegen zur hauptamtlichen Mitarbeit sollte gestärkt werden.
- Der DGB weist ja immer auf ein personelles Defizit der Christlich-Sozialen hin.
- Dieses personelle Engagement wird sicherlich einen stärkeren Impuls erhalten, wenn die personelle Minderheitsgruppe, die geistig - wie ich versucht habe aufzuzeigen - durchaus führend sein kann, mit ihren Personalvorschlägen respektiert wird, und nicht die Mehrheit entscheidet, wer christlich-sozialer Repräsentant ist.